



Neues aus Düsseldorf

Ausgabe 02/2020

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2/COVID-19) hat zu dramatischen Einschränkungen des öffentlichen Lebens in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und ganz Europa geführt.

Die von der Bundesregierung verabschiedeten Maßnahmen sind richtig und wichtig, um unser Gesundheitssystem funktionsfähig zu halten und die Versorgung der Infizierten sicherzustellen. Oberstes Ziel ist es, die Ausbreitung zu verlangsamen.

In dieser Situation ist die Solidarität der gesamten Bevölkerung gefragt. Ich appelliere an Sie und Euch, den Anweisungen und Empfehlungen der Bundesregierung und des Robert-Koch-Instituts zu folgen, um die gesundheitlich Schwachen in unserer Gesellschaft zu schützen. So wichtig uns der soziale Kontakt zu anderen ist, in diesen Zeiten müssen wir alle darauf verzichten unter Menschen zu gehen, geschweige denn Corona-Partys zu veranstalten. Das ist völlig unvernünftig und führt zu einer Gefährdung für sich und andere. Ich bitte Sie und Euch, keine Hamsterkäufe zu machen. Die Lebensmittelversorgung und die Versorgung mit Artikeln des alltäglichen Bedarfs werden aufrechterhalten und sind gesichert. Bitte unterstützen Sie und unterstützen Sie die sogenannten Risikogruppen in der Nachbarschaft, wie z.B. ältere oder gesundheitlich angeschlagene Personen in ihrem täglichen Leben. Wir müssen aufeinander Acht geben und füreinander eintreten. Dann werden wir es gemeinsam schaffen, diese für alle schwere Zeit durchzustehen.

Ich möchte mich darüber hinaus bei allen Pflegerinnen und Pflegern, Ärztinnen und Ärzten, Verkäuferinnen und Verkäufern, sowie allen anderen Frauen und Männern, die das öffentliche Leben soweit wie möglich aufrechterhalten, für ihr Engagement bedanken. Danke! Das kann man gar nicht oft genug sagen.

Um die Wirtschaft zu unterstützen, hat die Bundesregierung eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen. So sind die Bedingungen für Kurzarbeitergeld gelockert worden und es werden unbürokratisch Liquiditätshilfen zur Vermeidung von Insolvenzen zur Verfügung gestellt. Die Maßnahmen der Bundesregierung beziehen sich nicht nur auf große Unternehmen, sondern auch kleine und mittelständische Betriebe werden Hilfen erhalten. Weitere Informationen über die verabschiedeten Maßnahmen und Ansprechpartner/innen habe ich weiter unten im Newsletter zusammengestellt.

Bei Fragen bin ich per Mail und über mein Landtagsbüro telefonisch erreichbar.

Bleibt zu Hause und vor allem gesund!

André Stinka MdL

Nachfolgend möchte ich aktuelle Informationen zu den Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bereitstellen. Die zusammengetragenen Informationen können sich kurzfristig ändern und sollen eine erste Orientierung bieten.

Aktuelle Informationen zum Kurzarbeitergeld

Hürden zur Beantragung wurden gesenkt

Kann bis zu 12 Monaten gezahlt werden

Beträgt 60% des Nettogehalts, mit Kindern auf der Steuerkarte 67%

Hotline: 8-18 Uhr Tel.: 0800 45555 20 (für Arbeitgeber)

#Corona

Informationen zur aktuellen Lage:

- [Bundesregierung: Coronavirus in Deutschland](#)
- [Landesregierung. Corona-Virus in Nordrhein-Westfalen](#)
- [Robert-Koch Institut: COVID-19 \(Coronavirus SARS-CoV-2\)](#)
- [Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung \(BZgA\): Informationen zum neuartigen Coronavirus](#)
- [SPD: Corona—alles, was man wissen sollte](#)
- [SPD: Wissenswertes rund um Corona—Übersicht über Maßnahmen](#)
- [SPD: Corona-Hilfsangebote im Überblick](#)

Informationen zur Unterstützung von Unternehmen:

- [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Informationen und Unterstützung für Unternehmen](#)
- [Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Coronavirus: arbeitsrechtliche Informationen](#)
- [Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW: Coronavirus – Informationen und Ansprechpartner für Unternehmen](#)
- [Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Fragen und Antworten zu Kurzarbeit und Qualifizierung](#)
- [Agentur für Arbeit: Informationen für Unternehmen zum Kurzarbeitergeld](#)

Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und kann sich aufgrund der dynamischen Lage jederzeit ändern.

Weitere Erläuterungen der SPD-Bundestagsfraktion zu den Unterstützungsmaßnahmen für Betroffene können [hier](#) abgerufen werden.

Hilfen für Wirtschaft und Beschäftigte müssen schnell ankommen

Rettungsschirm auch für Investitionen im Gesundheitswesen

Berücksichtigung auch der freien Wohlfahrtspflege und ehrenamtlicher Organisationen

ArbeitnehmerInnen, die von der Krise besonders betroffen sind, müssen von den Hilfen profitieren

Kommunen müssen ebenfalls berücksichtigt werden

Landeseinheitliche Regelung für Umgang bei Erstattung von Kita- und OGS-Beiträgen

#Corona

MASTERPLAN GEGEN RECHTS

SPD

Masterplan Rechtsextremismus

Unsere zentralen Forderungen:

- ▶ Identitäre Bewegung und neurechte Hass-Netzwerke verbieten
- ▶ Beobachtung der AFD NRW durch den Verfassungsschutz prüfen lassen
- ▶ Nicht vollstreckte Haftbefehle gegen Rechtsextreme sofort vollstrecken
- ▶ Aufstockung des Personals bei der Polizei im Kampf gegen Rechtsextremismus
- ▶ Sofortiger Schutz von Moscheen, Synagogen und religiösen Einrichtungen
- ▶ Antisemitismusbeauftragte beim Landeskriminalamt
- ▶ Aussteigerprogramm „Wegweiser“ auf Rechtsextremismus ausweiten
- ▶ Demokratische Kompetenzen im Schulunterricht stärken

#KlareKanteGegenRechts

Bottrop, Essen, Kassel, Halle, Hanau.

Innerhalb von kaum mehr als 12 Monaten hat uns eine Vielzahl schrecklicher Verbrechen vor Augen geführt, dass der rechte Terror in unserem Land wieder an der Tagesordnung ist.

Verdeckt im Untergrund bereiten rechtsextremistische Gruppen Anschläge vor und nicht immer können diese verhindert werden. Auch wenn solche Ereignisse bzw. Taten nicht im direkten Zusammenhang stehen mögen, so machen sie doch eines deutlich: Sie sind verbunden durch eine menschenverachtende Ideologie.

Diese Ideologie bedroht unsere offene und liberale Demokratie. Deshalb möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen: Niemand kann und darf deshalb mehr von „psychisch kranken Einzeltätern“ sprechen. Die Bedrohung ist systematisch. Und sie ist real.

Wir dürfen im Kampf gegen den rechten Terror keine Zeit verlieren. Wir brauchen endlich einen Masterplan gegen Rechtsextremismus, um das heutige Stückwerk zu beenden. Dazu haben wir im Plenum im März einen Antrag vorgelegt, der insgesamt 55 ressortübergreifende Maßnahmen beinhaltet.

Seit über einem Jahr haben wir als SPD-Fraktion immer wieder diverse Initiativen gegen den Rechtsextremismus im Landtag gestartet. Bisher ohne Reaktion durch die Landesregierung. Es wird Zeit, dass Schwarz-Gelb endlich konsequent handelt.

[Drucksache: 17/8778](#)

DER SOZIALE WOHNUNGSBAU MUSS WIEDER GEFÖRDERT WERDEN!

Fast jede/r zweite Einwohner/in einer Großstadt hat mittlerweile Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Geförderter Wohnungsbau wird damit wichtiger denn je.

Aber nicht nur in Großstädten bleibt bezahlbarer Wohnraum Mangelware. NRW trifft es besonders hart. In Bonn, Neuss, Köln und Düsseldorf müssen Mieterinnen und Mieter rund 30% ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgeben. Damit sinken auch die Teilhabechancen der Betroffenen. Wir brauchen mehr bezahlbare Mietwohnungen. Aber seit Armin Laschet in NRW regiert, ist der geförderte Wohnungsbau um 40% zurückgegangen.

Unsere Forderung wird dadurch mit jedem Tag wichtiger: Wir brauchen in NRW endlich wieder eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft! Hohe Mietpreise und Wohnungsnot steigern die soziale Ungerechtigkeit.

Jetzt plant die Landesregierung auch noch die Umwandlungsverordnung auslaufen zu lassen. Sie gibt den Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt das Recht, die Umwandlung von Mietwohnraum in teure Eigentumswohnungen einzuschränken, um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten. Wir fordern deshalb, die Umwandlungsverordnung umgehend zu verlängern, damit bezahlbarer Mietwohnraum geschützt und erhalten werden kann. Die Verunsicherung der Mieterinnen und Mieter muss enden. Der Mieterschutz für die über 10 Millionen Menschen in NRW muss gestärkt werden.



[Drucksache: 17/8591](#)

[Drucksache: 17/8781](#)

LEIHARBEIT KANN NICHT DIE LÖSUNG IN DER PFLEGE SEIN!

Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind hart. Durch die Umstellung zum Fallpauschalensystem im Jahr 2004, ist der Kostendruck im Gesundheitssystem immer weiter gestiegen und die Arbeitsbedingungen in der Pflege haben sich seither deutlich verschlechtert. Parallel dazu hat sich der Fachkräftemangel in der Pflege weiter verschärft. Durch Leiharbeit lässt sich das nicht ausgleichen. Pflegekräfte übernehmen ein hohes Maß an Verantwortung im Umgang mit Patientinnen und Patienten. Routine im Umgang mit Menschen und ein persönlicher Bezug zu ihnen sind elementarer Bestandteil des Berufs. Da Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern in der Regel die Stationen oft wechseln, kennen sie die Abläufe häufig nicht und können dem Stammpersonal nicht alle Aufgaben abnehmen. Trotzdem werden sie meistens deutlich besser bezahlt und können sich ihre Dienste flexibel einteilen. So entsteht eine 2-Klassen-Pflegebelegschaft. Der Fachkräftemangel in der Pflege kann nicht durch Leiharbeit gelöst werden. Wir müssen mehr Menschen für den Pflegeberuf begeistern, damit durch mehr Personal eine hohe Qualität in der Pflege sichergestellt wird. Dabei müssen auch die Träger und Einrichtungen vom Land unterstützt werden.



[Drucksache: 17/8784](#)

STAU-CHAOS IN NRW



Vor dem Hintergrund der Veröffentlichung der Staubilanz des ADAC haben wir im Februar-Plenum eine Aktuelle Stunde zum Thema Stau in NRW beantragt.

Die Staubilanz für 2019 ist erschütternd. Bei der Zahl der Stau-Ereignisse, bei Stau-Kilometern und bei Stau-Stunden lag NRW bundesweit an der Spitze. Insgesamt nahm die Staubelastung in Nordrhein-Westfalen gegenüber 2018 um 8,6% zu. Zahlen, die das gesamte Chaos verdeutlichen.

Verkehrsminister Wüst, der vor knapp drei Jahren versprochen hat, dass unter Schwarz-Gelb niemand mehr zur Rush-Hour ins Lenkrad beißen muss, ist damit krachend gescheitert.

[Drucksache: 17/8620](#)

MINDESTLOHNBETRÜGERN DAS HANDWERK LEGEN

Seit fünf Jahren gibt es dank des jahrelangen Kampfes der SPD und der Gewerkschaften den gesetzlichen Mindestlohn. Leider stehen systematisch organisierte Verstöße gegen den Mindestlohn immer noch auf der Tagesordnung. Er wird zum Teil künstlich nach unten gedrückt. Dadurch erhalten betroffene Arbeiternehmerinnen und Arbeiternehmer immer noch keine angemessene und faire Entlohnung. Sie müssen sich aber darauf verlassen können, dass der gesetzliche Mindestlohn eingehalten wird. Dafür braucht es mehr staatliche Kontrollen. Wir fordern deshalb eine Anpassung und eine Erweiterung der gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise eine lückenlose Erfassung der Arbeitszeit. Es braucht einen starken Staat, der auf der Seite der Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Arbeitsmarktkriminalität kämpft.



[Drucksache: 17/8779](#)

UNVERPACKT EINKAUFEN IN MÜNSTER



In Münster habe ich Meike Schulzik in ihrem Unverpackt-Laden „Einzelhandel“ getroffen. Im „Einzelhandel“ können Kundinnen und Kunden sowohl Lebensmittel, als auch viele Non-Food-Artikel wie Shampoos oder Badreiniger ohne Umverpackung einkaufen. Durch den Einkauf mit eigenen Behältnissen, wie Gläsern oder Tupperdosen können Plastikverpackungen vermieden und gleichzeitig die Mengen eingekauft werden, die auf den eigenen Bedarf abgestimmt sind. Frau Schulzik hat ihren Laden bereits vor fünf Jahren eröffnet und sieht ihr Geschäft als großen Tante-Emma-Laden. Mit persönlicher Beratung können so auch offene Fragen schnell geklärt werden.

Ich freue mich, dass ihr Konzept so gut aufgeht. Das zeigt auch die stetig steigende Anzahl an Unverpackt-Läden in ganz Nordrhein-Westfalen. Mittlerweile fühlt sich eine breite Bevölkerungsgruppe, die bewusst in einem gewissen Bereich auf Plastik verzichten möchte, von dem Konzept angesprochen. Unverpackt-Läden gibt es nicht mehr nur in Großstädten, sondern auch immer häufiger in kleinen- und mittelgroßen Städten wie beispielsweise Gronau. Vielleicht perspektivisch auch eine Idee für unsere Region, um vor Ort unnötige Plastikverpackungen zu vermeiden.

IM GESPRÄCH MIT MANOAMANO

Ich habe mich in Münster mit Lea Hüffermann von der Studenteninitiative manoamano getroffen. Die Initiative verkauft Kaffee, der direkt von Kleinbauern in Honduras produziert wird. Ohne Zwischenhändler kann den Bauern so eine faire Bezahlung garantiert werden.

Ein halbes Pfund Kaffee kostet fünf Euro. Davon gehen 3,04 € direkt an die Bauern, der restliche Betrag wird für Transport, Verpackung, Steuern und ähnliches ausgegeben.

Meiner Meinung nach leisten kleine Projekte wie dieses einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs über nachhaltigen und fairen Konsum. Ich

bin begeistert von dem Engagement der Studentinnen und Studenten und bin sicher, dass durch eine transparentere Preisgestaltung viele Verbraucherinnen und Verbraucher für faire Produkte gewonnen werden können.

Weitergehende Informationen über die Initiative und die Möglichkeit zur Vorbestellung gibt es unter www.manoamano-honduras.org.



AUSTAUSCH MIT DER KREBSBERATUNG IM MÜNSTERLAND



Um mich über die Arbeit und die aktuelle Situation der Krebsberatung zu informieren, habe ich mich mit der Leiterin der Krebsberatung Münsterland e.V., Gudrun Bruns, getroffen.

Seit 27 Jahren berät der Verein Menschen mit Krebsdiagnose und gibt den Betroffenen individuelle Vorschläge zur sozialen und psychischen Bewältigung nach einer Diagnose. Um die eigentliche Behandlung des Krebs zu fördern, ist es wichtig, dass die Betroffenen Unterstützung bei der Bewältigung der psychischen Belastung erhalten.

Damit leistet die Krebsberatung eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Jährlich wenden sich über 3.000 Ratsuchende an die psychoonkologisch ausgebildeten Beraterinnen.

Die Krebsberatung wurde durch den nationalen Krebsplan vor zehn Jahren deutlich gestärkt. Bedauerlicherweise läuft die damit verbundene Finanzierung aus und eine Weiterfinanzierung ist bislang noch nicht gesichert. Daher sorgt sich Gudrun Bruns um den Fortbestand der Einrichtung und vieler andere Beratungsvereine.

Ich werde dafür werben, dass die Förderung fortgesetzt wird.

JAHRESAUFTAKTKONFERENZ DER SPD-LANDTAGSFRAKTION



Dieses Jahr hat die SPD-Landtagsfraktion erstmalig zur Jahresauftaktkonferenz in den Landtag geladen. Neben rund 600 geladenen Gästen habe ich mich sehr über den Besuch unserer neuen Bundesvorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, die als Ehrengäste geladen waren, gefreut.

In diesem Rahmen hat die Landtagsfraktion unser Leitmotiv „Für die Vielen, Nicht die Wenigen“ vorgestellt. Es geht uns dabei um Sicherheit und Leistungsgerechtigkeit, um Anerkennung und Respekt für harte Arbeit, um Chancengerechtigkeit für alle Kinder und um die Regeln einer toleranten und gerechten Gesellschaft, an die sich jede

und jeder halten muss. Die Überschriften zu den einzelnen Themenfelder lauten #FairGehtMehr, #DuBistEsWert und #ZusammenWachsen.

Wir werden uns für die echten Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserem Land stark machen: für Handwerkerinnen und Handwerker, Verkäuferinnen und Verkäufer, für Lehrerinnen und Lehrer, Maschinenführerinnen und Maschinenführer, für die Frauen und Männer, die für uns alle fahren, putzen, pflegen, kochen und reparieren, die erfinden, entwickeln und bauen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass Wandel sozialer Fortschritt wird.

POLITIK TRIFFT HANDWERK

Im Februar 2020 habe ich gemeinsam mit Bernhard Daldrup MdB sowie weiteren Vertretern der örtlichen SPD den Tischlermeisterbetrieb Röwekamp & Stumpe in Telgte-Raestrup besucht, um mir einen Eindruck von dem klimaneutralen Handwerks- und Ausbildungsbetrieb zu verschaffen. Denn die Tischlerei ist bereits seit vielen Jahren für Nachhaltigkeit und ökologische Standards bekannt.

Aber wie lassen sich Wirtschaftlichkeit und Ökologie vereinbaren? Was war der Impuls, eine nachhaltige und umweltschonende Ausrichtung zu wählen? Welche Erfahrungen wurden in den letzten 18 Jahren am Standort gemacht? Mir war die Schilderung der Erfahrungen in der tatsächlichen Arbeit besonders wichtig, denn Nachhaltigkeit soll keine leere Floskel bleiben. Sie muss gelebt werden und deshalb begrüße ich es sehr, dass Nachhaltigkeit auch in Unternehmen einen immer größeren Stellenwert erlangt. Die Tischlerei Röwekamp&Stumpe macht es vor: Hier wird erfolgreich intensiv mit zertifiziertem Holz und umweltfreundlichen Farben gearbeitet.

Ein wichtiges Thema war außerdem die Fachkräftesicherung. Hans Stumpe betonte, dass in seinem Betrieb Fachkräftemangel kein großes Problem sei. Aufgrund seiner Unternehmensphilosophie kämen sogar Auszubildende von weit her, wie zum Beispiel aus Höxter. Bernhard Daldrup hob die Bedeutung der Mindestauszubildendenvergütung, die auf Druck der SPD eingeführt worden ist, für die Nachwuchsgewinnung im Handwerk hervor. Unternehmen müssen gewillt sein, ein Minimum an finanziellen Anreizen zu bieten, um Auszubildenden eine Lebensgrundlage zu ermöglichen. Die Ausbildung von heute ist schließlich die Grundlage für ein wettbewerbsfähiges Handwerk von morgen.

Zudem haben wir auch über Fragen der energetischen Sanierung, die in Zeiten ökologischer Transformation immer wichtiger wird, gesprochen. Bernhard Daldrup hat dazu erklärt, dass seit diesem Jahr Investitionen zur Energetischen Sanierung von privat genutzten Häusern und Wohnungen bis zu einer Investitionssumme von 200.000 € zu 20 % von der Steuerschuld absetzbar sind, d.h. bis zu einer Höhe von 40.000 €. Handwerksbetriebe, die sich in diesem Bereich betätigen, können daher wohl demnächst mit vollen Auftragsbüchern rechnen.

Es wurde ein sehr interessanter Gedankenaustausch, denn auch die Fachleute aus dem Handwerksbetrieb hatten Fragen und Anregungen an uns Politiker zu den Themen Mobilität, Bürokratie im Mittelstand, Ungleichbehandlung von Auszubildenden und Studierenden, Ausbildung und Bildung allgemein.



MEIN BESUCH BEI DER STIFTUNG ZAUBERKUNST



Anfang März habe ich die Stiftung Zauberkunst in Nottuln-Appelhülsen besucht und mich mit den Leitern Uwe Schenk und Michael Sondermeyer über den Stellenwert der Zauberei als Kulturgut ausgetauscht. Die Stiftung besitzt insgesamt über 3.000 Plakate und über 10.000 Bücher rund um die Zauberkunst. Das älteste Buch stammt aus dem Jahr 1644. Laut Sondermeyer kommen jährlich zahlreiche Zauberbegeisterte aus der ganzen Welt, um in der Bibliothek zu recherchieren, zu üben und sich mit anderen auszutauschen. Zauberei gilt in Deutschland nicht als Kunstform, sondern als Unterhaltung. Dies sei für die Gründung der Stiftung problematisch gewesen. Ich war sehr beeindruckt von dem großen Fundus an einmaligen Büchern und Zauberticks. Diese Sammlung hat ein weltweites Alleinstellungsmerkmal. Wir im Münster-

land müssen ein großes Interesse daran haben, die Stiftung bei uns zu halten, gerade im Hinblick darauf, dass die Stiftung aktuell auf der Suche nach größeren Räumlichkeiten ist. Meiner Meinung nach muss auch die Zauberkunst als Kunstform anerkannt werden: Eine Kunstbranche, die schon seit Jahrhunderten existiert, darf nicht nur belächelt werden.

EMPFANG DER KKG OEDING E.V. BEIM NÄRRISCHEN LANDTAG

Zum Närrischen Landtag 2020 habe ich mich sehr über den Besuch von Prinzessin Tamara I. und weiteren Mitgliedern der Kappenball-Karnevals-gesellschaft (KKG) Oeding e.V. gefreut. Dazu gehörte selbstverständlich auch die feierliche Überreichung ihres Karnevalsordens.

Der Närrische Landtag ist der traditionelle Empfang der Tollitäten aus ganz Nordrhein-Westfalen im Landtag. Alle Abgeordnete können dazu Dreigestirne, Prinzenpaare oder Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Karnevalsgesellschaften aus ihrer Region in den Landtag einladen.

Insgesamt feierten dieses Jahr mehr als 111 Prinzenpaaren, Dreigestirne, Prinzessinnen und Prinzen aus ganz Nordrhein-Westfalen im Düsseldorfer Landtag einen gelungenen Einstieg in die heiße Phase des Karnevals.



PRAKTIKUMSBERICHT VON ANTON KATZ



Mein Name ist Anton Katz und ich bin 15 Jahre alt. Vom 20. bis 31. Januar 2020 habe ich ein zweiwöchiges Schülerpraktikum im Büro des Landtagsabgeordneten André Stinka im nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf absolviert. Während meines Praktikums fanden viele Sitzungen und Termine statt. Auch bei den Plenarsitzungen war ich dabei und durfte von den Zuschauerrängen aus die Debatten verfolgen. Besonders beschäftigt habe ich mich mit den Themen Umwelt und Umweltschutz. Zudem habe ich mich zu den Social-Media Profilen der Landtagsabgeordneten informiert und in diesem Zusammenhang untersucht, wie viele Follower und Likes die Abgeordneten im Internet haben. In der zweiten Woche war ich darüber hinaus in der Geschäftsstelle der nordrhein-westfälischen SPD. Dort habe ich Vorgänge und verschiedene Berufe im Landesverband, die sich im Hintergrund abspielen, kennengelernt. In den zwei Wochen habe ich einen guten Einblick in den Alltag eines Politikers, seines Teams und die Abläufe im Landtag bekommen. Besonders interessant fand ich die Debatten und Termine, die mit der Abschaltung von Kohlekraftwerken zu tun hatten. Insgesamt war es eine spannende Zeit, die mir viele neue Erfahrungen und Erkenntnisse gebracht hat.